

14.05.2014

## Änderungsantrag

der Fraktion der PIRATEN

**zum Antrag der Fraktion der CDU (Drucksache 16/5767)  
„Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) darf nicht Spielball innerkoalitionären Streits  
werden“**

### **Der Antrag wird in der Begründung wie folgt geändert:**

Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat zu schnell die Verabredungen des Berliner Koalitionsvertrages zum EEG in einen Gesetzentwurf einfließen lassen, der in den kommenden Wochen und Monaten in Bundestag und Bundesrat beraten wird.

Mit der berechtigten Forderung nach umfassenden Nachbesserungen beim EEG durch den kleinen Koalitionspartner in Düsseldorf, droht nun überraschend eine Enthaltung Nordrhein-Westfalens im Bundesrat. Angesichts der Bedeutung Nordrhein-Westfalens als Energieland Nr. 1 erwartet der Landtag, dass die Landesregierung eine gemeinsame Strategie zum wichtigsten Gesetz im Energiebereich für die kommenden Jahre verfolgt.

Bei der Reform des EEG muss die Priorität auf dem beschleunigten Ausbau der Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energieträger liegen. Im Besonderen dürfen Bürgerenergieprojekte nicht erschwert werden, ganz im Gegensatz zum vorliegenden Entwurf muss es ein Ziel sein sie als Hauptträger der Energiewende mit Priorität zu fördern. Anders sind die Klimaschutzziele des Landes nicht zu erreichen.

### **Der Landtag beschließt:**

- Nordrhein-Westfalen ist als Energieland Nr. 1 und als Industriestandort zu bedeutend, um sich in den anstehenden Diskussionen zum EEG zu neutralisieren.

Datum des Originals: 14.05.2014/Ausgegeben: 14.05.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

- Die Landesregierung muss dem Landtag darlegen, wie sie die nordrhein-westfälischen Interessen im Energiebereich gegenüber den anderen Bundesländern und der Bundesregierung sichern wird.

Dr. Joachim Paul  
Nicolaus Kern  
Kai Schmalenbach

und Fraktion